

zum Teil mit abenteuerlich schlechten Abgaswerten auf.

Wenn man einmal einen Gewinner und einen Verlierer vergleicht, dann kann man sich zum Beispiel den Renault Grand Scénic anschauen, der 896 Einheiten ausstößt, während der Mercedes E 220 D nur 24 Einheiten ausstößt. Das ist somit der 37. Teil des Renault Grand Scénic. Aber auch Toyota findet man auf den Plätzen mit den dreckigsten Autos wieder.

Jetzt fragen wir uns mal, wer von der Abgas-Hysterie in Deutschland am meisten profitiert. – Das ist vor allem Toyota. Der japanische Autobauer konnte seinen Absatz in Europa im letzten Jahr um 14 % steigern und verkündet jetzt nun ganz nebenbei den Verkaufsstopp von Diesel-Pkw in Deutschland. Das hat einen guten Grund. Die Japaner waren einfach nicht in der Lage, so gute Diesel wie die Deutschen zu bauen. Da liegt es nur nahe, den deutschen Diesel in Misskredit zu bringen. So verwundert es auch nicht, dass Toyota einer der Hauptsponsoren der Deutschen Umwelthilfe ist.

(Beifall von der AfD)

Nun fordern die Grünen als Erfüllungsgehilfe des Lobbyvereins Deutsche Umwelthilfe eine Nachrüstung von Diesel-Pkw.

Dabei ist eine solche Umrüstung durchaus problematisch. Es handelt sich um eine komplexe bauliche Veränderung am Fahrzeug. Es wird ein SCR-Katalysator mit Abgasrohr benötigt, dazu ein AdBlue-Tank inklusive Pumpe und Heizelement sowie Sensoren und ein Motorsteuergerät. Und es ist damit zu rechnen, dass die Lichtmaschine nach dem Umbau 5 % mehr Energie verbraucht.

Nach Informationen der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ kostet die Umrüstung 2.500 € pro Diesel-Pkw. Bei der Umrüstung von den mehr als 5 Millionen Pkw wäre das ein zweistelliger Milliardenbetrag.

Und nur eines am Rande, was ich klarstellen möchte: Die illegale Abschaltsoftware muss natürlich völlig unabhängig von einer möglichen Nachrüstung durch ein Update ersetzt und der Autokäufer für seinen Schaden entschädigt werden.

Warum aber sollte der deutsche Autobauer eines Euro-4-Diesels dazu gezwungen werden, die Euro-6-Norm einzuhalten, die zum Zeitpunkt der Produktion noch gar nicht gegolten hat? Das ist genauso abwegig, als wenn Sie von einem Kühlschrankhersteller nach zehn Jahren fordern würden, er möge doch bitte seine Kühlschränke nachrüsten, weil sich inzwischen die Energielabels geändert hätten.

Und: Die Totengräber aus dem Linksaußenlager blenden gerne aus, dass die Gefahr eines Fahrverbots auch über nachgerüsteten Diesel-Pkw schwebt.

Denn bereits jetzt kommt das Umweltbundesamt unter Führung der Genossin Krautzberger auf eine neue Idee: Es soll zwei verschiedene blaue Umweltplaketten geben: eine dunkelblaue und eine hellblaue. Demnächst kommt wohl eine regenbogenfarbene Plakette. Das ist aber nichts anderes als ein gestaffeltes Fahrverbot auf Zeit. Dabei kommt das eine früher, das andere später.

In der Sache ist der Antrag der Grünen wirtschaftspolitischer Vandalismus und schädlich für unsere Autorepublik Deutschland. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt.

Wer also stimmt dem Inhalt des Antrages Drucksache 17/2144 zu? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion stimmen zu. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – CDU-, FDP- und AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Herr Langguth und Herr Pretzell stimmen dagegen. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/2144** mit Mehrheit im Hohen Hause **abgelehnt**.

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes 3 darf ich unter **Bezugnahme auf die Befassung mit dem Antrag auf Änderung der Tagesordnung von CDU, SPD, FDP und Grünen** heute Morgen darauf hinweisen, dass sich ein Übertragungsfehler eingeschlichen hat.

Wie von den vier Fraktionen schriftlich beantragt und an alle Fraktionen weitergeleitet, soll der **ursprünglich** heute unter **TOP 9** vorgesehene **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/2146** „Insektenvielfalt erhalten – Neonicotinoide endgültig aus dem Verkehr ziehen“ **als Punkt 5** der heutigen Plenarsitzung **vorgezogen** werden. – Ich sehe, hiergegen gibt es keinen Widerspruch. Gibt es wirklich nicht. Danke schön, dann verfahren wir so.

Jetzt rufe ich auf:

### **3 Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/1046

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Ausschusses für  
Wirtschaft, Energie und Landesplanung  
Drucksache 17/2170

Änderungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2212

Entschließungsantrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/1249

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/1990

zweite Lesung

Die Aussprache ist eröffnet, und zwar mit dem Redner für die CDU-Fraktion, und das ist Herr Kollege Rehbaum.

**Henning Rehbaum** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als mittelständischer Unternehmer hat man es heutzutage nicht leicht. Azubis und Fachkräfte sind Mangelware, in unzähligen Gewerbegebieten gibt es kein schnelles Internet, dafür aber Funklöcher. Wer investieren will, bekommt ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen. Und ein einsamer Feldhamster ist oft wichtiger als ein neuer Arbeitsplatz. Dauerstau auf unseren Straßen sägt an den Nerven der Mitarbeiter, Unternehmen und Kunden.

Das Belastendste aber – das berichten uns die Unternehmer unisono – ist die überbordende Bürokratie. Deswegen sagen wir von der NRW-Koalition: Wirkungslose, unnötige und belastende Regelungen müssen weg.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das gilt zum Beispiel für das alte Tariftreue- und Vergabegesetz. Wir wollen fairen Wettbewerb für Arbeitnehmer und Unternehmer. Was wir nicht wollen, sind wirkungslose Papiertiger. Das neue Tariftreuegesetz schützt Arbeitnehmer und Unternehmer vor Dumpingangeboten vom billigen Jakob und entlastet Unternehmer von zeitraubender, aber wirkungsloser Bürokratie. Das haben wir vor der Wahl versprochen, und jetzt machen wir das so.

(Beifall von der CDU)

Das gilt zum Beispiel auch für die Hygieneampel. Wir haben eine hervorragend funktionierende Lebensmittelüberwachung. Wo Mängel sind, werden sie abgestellt. Betriebe von schwarzen Schafen werden dichtgemacht.

Der rot-grüne Handwerkspranger ist unfair und verunsichert die Kunden. Die Hygieneampel ist der Inbegriff des Misstrauens gegenüber unseren Handwerkern, für die Sauberkeit, Zuverlässigkeit und Kundenzufriedenheit der Mittelpunkt ihrer Arbeit ist.

Die Hygieneampel stellt Handwerksbetriebe unter Generalverdacht. Die NRW-Koalition vertraut Bäckern, Metzgern und Gastwirten. Deswegen schaffen wir die Hygieneampel heute ab.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Ladenöffnungsgesetz werden Sie gleich unseren Handelsexperten Oliver Kehrl aus dem Kölner Süden hören.

Zum Bereich der Altenpflege möchte ich sagen, dass mit dem vorliegenden Entwurf dafür gesorgt wird, dass eine Entbürokratisierung auch in der Altenpflege stattfinden kann. Wir wollen in einem weiteren Schritt das Altenpflegegesetz grundlegend reformieren. Deswegen werbe ich auch für die Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Entfesselungspaket I ist der erste Schritt für den systematischen Bürokratieabbau und schnellere Verfahren in Nordrhein-Westfalen. Viele weitere werden folgen. Heute ist ein guter Tag für Nordrhein-Westfalen. Wir sorgen für Verwaltungsvereinfachungen in Pflege und Behörden. Wir nehmen den Unternehmen Steine aus dem Rucksack, damit sie wachsen und attraktive Arbeitsplätze schaffen können. Das ist soziale Marktwirtschaft pur, und das ist gut für unser Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Rehbaum. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Sundermann.

**Frank Sundermann** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute zum wiederholten Male über dieses vorgelegte Paket. Drei Punkte sind hier sicherlich wesentlich: die Hygieneampel, das Tariftreue- und Vergabegesetz und das Ladenöffnungsgesetz. Ich möchte zu all diesen drei Punkten kurz etwas sagen.

Zum Ersten zur Hygieneampel. Mit dieser Hygieneampel wäre eine Transparenz für Verbraucher geschaffen worden. Und diese Transparenz, nach der sich die Verbraucher sehnen, werden diese sich jetzt zukünftig auf dem freien Markt holen. Das heißt, sie werden sich nicht bei staatlichen Stellen informieren können – neutral –, sondern in irgendwelchen Foren, wo durchaus auch Unternehmen diskreditiert werden. Ich sage voraus, dass die Unternehmen im Laufe dieser Legislatur auf Sie zukommen und Sie bitten werden, etwas Ähnliches oder auch die Hygieneampel einzuführen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Tariftreue- und Vergabegesetz: Meine Damen und Herren, hier müssen Sie sich vorwerfen lassen,

dass Sie uns in unzähligen Debatten immer gesagt haben, dass Sie hinter den Zielen stehen, aber wir diese Ziele nicht erreichen würden. – Was erleben wir nun hier? Wir erleben ein reines Tariftreuegesetz. Ob das gut oder schlecht gemacht ist, wird man in der Praxis sehen.

Aber: Alle anderen Punkte, zum Beispiel betreffend die Entrechtung von Mitarbeitern in Dritte-Welt-Ländern, alles das haben Sie gestrichen. Es gibt dafür zwei Begründungen. Entweder Sie haben hier jahrelang die Unwahrheit gesagt und es ist gar nicht Ihr Ziel gewesen, oder Sie sind unfähig, es umzusetzen. Das sind die beiden Erklärungsansätze, die ich für diese Frage habe.

(Beifall von der SPD)

Der dritte Punkt ist das Ladenöffnungsgesetz. Wie dieses Ladenöffnungsgesetz allerdings in ein Entfesselungspaket gekommen ist und wie es Bürokratie abbauen soll – dieses Ziel hat der Kollege Rehbaum eben genannt –, können Sie vielleicht noch erklären, verständlich ist es jedenfalls aus unserer Sicht nicht.

Sie haben gesagt, dass Sie das Ladenöffnungsgesetz aus zwei Gründen aufsetzen wollen: erstens, um Rechtssicherheit zu schaffen, zweitens – das ist in Diskussionen wiedergekaut worden –, um Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Onlinehandel zu schaffen.

Zur Rechtssicherheit: Die Anhörung hat – und das ist nun wirklich eindeutig; das kann man hin und her drehen – ergeben, dass genau das Gesetz, das Sie vorgelegt haben, eben nicht rechtssicher ist.

Meine Damen und Herren, wenn man die Diskussion im Ausschuss verfolgt hat, dann dämmert das mittlerweile auch Ihnen. Am Anfang sind Sie mit breiter Brust hier aufgetreten und haben behauptet, Sie hätten ein rechtssicheres Gesetz gemacht. Jetzt wird von Ihnen schon eingeräumt, dass es sicherlich dort die entsprechenden Verfahren gibt, und wenn es Verfahren gibt, gibt es keine Rechtssicherheit, meine Damen und Herren.

Wenn Sie hätten rechtssicher sein wollen, dann hätten Sie dem Vorschlag der Kirchen folgen sollen, nämlich sich weiterhin am runden Tisch zusammzusetzen, den Gerald Duin eingerichtet hat. Die Kirchen haben verlautbart, man sei kurz vor einem positiven Ergebnis gewesen. Sie haben sich nicht getraut, diesen Dialog weiterzuführen.

Meine Damen und Herren, man kann nun überlegen, warum Sie sich nicht getraut haben – weil nämlich nicht die Rechtssicherheit und auch nicht der Onlinehandel – oder dieser nur bedingt – das Ziel waren.

Warum steht das Ladenöffnungsgesetz heute auf der Tagesordnung? – Da steht es, weil das einer der Preise war, den die FDP in den Koalitionsverhandlungen gefordert hat; denn die FDP hat in ihrem

Wahlprogramm manifestiert, jedes Geschäft solle selbst entscheiden, wann es öffnet und wann es schließt – klassisch: 24/7. Das ist die Position der FDP, die im Prinzip aus ihrer DNA und ihrer Herangehensweise heraus so nachvollziehbar ist. Die Forderung ist von uns nicht zu kritisieren.

Wir wenden uns an dieser Stelle deshalb auch eher an den Teil in diesem Raum, der der christlich-demokratischen Union angehört. Im Ausschuss ist deutlich geworden, dass auch Sie Probleme damit haben. Sie werden mit den Kirchenvertretern, die hier vor dem Haus demonstriert haben, gesprochen haben. Die werden Sie gefragt haben, was Sie denn da tun? – Auch insofern sind Sie im Ausschuss um einiges zurückgerudert.

Aber eins ist klar, und diese Botschaft muss doch von der heutigen Debatte ausgehen: Die Sonntagsruhe wird in diesem Land zukünftig an doppelt so vielen Sonntagen gestört wie vorher. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, der Politik der christlich-demokratischen Union.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch deswegen geben wir Ihnen die Gelegenheit, zum Ausdruck zu bringen, dass Ihnen die Sonntagsruhe als christlicher Wert nicht nur in den Sonntagsreden etwas wert ist; Sie können mit einem Ja oder Nein hier zeigen, ob Ihnen die Sonntagsruhe, dieser christliche Wert, wirklich wichtig ist. Oder ist Ihnen die Koalition bzw. das Zugehen auf den Koalitionspartner wichtig? Diese Frage kann jeder Einzelne von Ihnen heute hier beantworten. Diese Gelegenheit geben wir Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Abschließend zu diesem ganzen Paket, was als Etikett „Entfesselung“ trägt: Wir sehen hier keine Entfesselung. Wir sehen eine Entrechtung, meine Damen und Herren. Sie entrecten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel, sie entrecten die Verbraucher, indem Sie ihnen den Zugang zu transparenten Daten verwehren, und Sie entrecten die Menschen in den Dritte-Welt-Ländern, die Sie weiter unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen arbeiten lassen. Das ist keine Entfesselung, das ist Entrechtung, meine Damen und Herren. Und deswegen werden wir das ablehnen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Sundermann. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Bombis das Wort.

**Ralph Bombis (FDP):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrten Herren! Heute ist ein guter Tag für die Menschen in

Nordrhein-Westfalen, es ist ein guter Tag für die Betriebe und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und damit für Nordrhein-Westfalen insgesamt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die NRW-Koalition hatte angekündigt, die Wirtschaft und damit auch die Menschen von unnötigen und belastenden Vorgaben zu befreien, die Innovations- und Investitionsfähigkeit der Betriebe zu stärken und damit zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen beizutragen.

Mit dem Entfesselungspaket I, das sehr zügig von Wirtschaftsminister Pinkwart und seinem Haus vorgelegt worden ist, gehen wir heute einen ersten deutlichen Schritt in diese Richtung, und die nächsten werden folgen. Diesen Weg, wie wir wieder mehr Bewegungsfreiheit, mehr Zeit für das Wesentliche durch weniger Zeit für Bürokratie schaffen können, möchte ich an drei Punkten kurz deutlich machen.

Zunächst ist als Erstes der Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen zu nennen, der derzeit unter den Einschränkungen und Unsicherheiten, Herr Sundermann, leidet,

(Frank Sundermann [SPD]: Die werden jetzt noch größer!)

die die rot-grüne Vorgängerregierung den Betrieben und vor allen Dingen ihren Beschäftigten auferlegt hat.

(Beifall von der FDP)

Sie haben doch dem Einzelhandel bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit eben nicht nur nicht geholfen, Sie haben ihm auch aktiv Knüppel zwischen die Beine geworfen mit den gesetzlichen Regelungen, die Sie geschaffen haben.

Dass Sie in der Opposition heute gegen die Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes sind, zeigt nur, dass Ihnen die Zukunft des stationären Einzelhandels offensichtlich nicht ganz so wichtig ist, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie würden die Einzelhändler im Wettbewerb mit dem Onlinehandel und den großen Outlet-Centern alleine lassen. Wir dagegen geben den Betrieben ab jetzt wieder die Möglichkeit, besser auf sich aufmerksam zu machen und den Menschen den Vorteil des stationären Einzelhandels zu verdeutlichen.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen eine Zukunft für den stationären Einzelhandel und damit für lebhaftere Innenstädte in diesem Land!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Dietmar Bell [SPD])

Deswegen ist es auch richtig und gut, die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage maßvoll – das ist doch ganz entscheidend, Herr Sundermann – zu erhöhen. Es geht doch nicht darum, wie Sie das ausgeführt haben, hier 24/7 anzubieten.

(Frank Sundermann [SPD]: Das steht doch in Ihrem Wahlprogramm!)

Die Kompromisslinie dieser NRW-Koalition – darüber reden wir hier doch – ist eine maßvolle Linie, die für den Einzelhandel, aber auch für die Beschäftigten, ausgesprochen positiv zu werten ist. Wir werden diese Zahl maßvoll erhöhen, und wir werden die Sachgründe dafür praxisgerechter ausgestalten.

Herr Sundermann, eines will ich Ihnen noch sagen:

(Zurufe von Dietmar Bell [SPD], Michael Hübner [SPD] und Frank Sundermann [SPD])

Wir werden damit zur Rechtssicherheit beitragen. Allein der Umstand – zeigt schon Ihre Einstellung –, dass Sie hier gerade...

(Zuruf von Frank Sundermann [SPD])

– Jetzt beruhigen Sie sich doch mal! – Ich zitiere Sie, Herr Sundermann. Sie haben hier gesagt: Dass es zu Klagen kommen wird, die wir natürlich erwarten, zeigt schon, dass es keine Rechtssicherheit gibt. – Das haben Sie gesagt. Nein, Herr Sundermann – dass es zu Klagen kommt, zeigt, dass wir in einem Rechtsstaat leben!

(Zurufe von Dietmar Bell [SPD], Michael Hübner [SPD] und Frank Sundermann [SPD])

Wir haben dafür gesorgt, dass es in diesem Rechtsstaat wieder eine größere Verlässlichkeit für den stationären Einzelhandel gibt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich möchte kurz einen zweiten Punkt ansprechen. Die alte Landesregierung hat den Betrieben und Kommunen im Vergaberecht unnötige Fesseln angelegt. Auch diese werden wir lösen. Mit der Novelle des Tariftreue- und Vergabegesetzes bekommen auch die kleineren Betriebe, die derzeit aufgrund des Aufwandes und der Bürokratie von Angeboten der öffentlichen Hand de facto ausgeschlossen sind, wieder die Möglichkeit, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Das ist nicht nur wirtschaftspolitisch klug und geboten; das ist nicht nur für die Mitarbeiter in diesen Betrieben gut, sondern es ist auch für die öffentliche Hand gut, die wieder mehr Angebote und damit auch günstigere Angebote bekommt. Das war Ihnen als rot-grüne Landesregierung völlig egal.

Wir sagen: Wichtig dabei ist, dass die Tariftreue bleibt. Niemand muss sich Sorgen machen. Soziale und ökologische Kriterien – auch das gehört zur Wahrheit dazu – können und werden auch weiterhin

Einfluss über das allgemeine Vergaberecht erhalten. Ihr Gesetz hingegen war in diesem Bereich völlig wirkungslos. Das haben diverse Anhörungen dazu gezeigt.

Ganz kurz noch ein dritter Punkt: Die von Ihnen als auch so transparent gepriesene Hygieneampel schaffen wir ersatzlos ab. Was es gab, war lediglich eine Pseudotransparenz. Den enormen bürokratischen Belastungen für die Betriebe stand überhaupt kein Gegenwert gegenüber. Die Kennzeichnung basierte auf zahlreichen Kriterien, die mit Hygiene rein gar nichts zu tun haben.

(Zuruf von der SPD: Nennen Sie mal zwei oder drei!)

Wir werden das ersatzlos streichen. Das ist die wirksamste Entbürokratisierung in diesem Bereich.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Auf die anderen Punkte will ich nicht weiter vertieft eingehen.

(Zurufe von der SPD)

Und es gibt zahlreiche weitere Beispiele: von der voll-elektronischen Gewerbeanmeldung über den weitgehenden Wegfall des Widerspruchsverfahrens bis hin zum Alten- und Pflegegesetz.

Dazu ein kurzer Satz: Ich bin Minister Laumann extrem dankbar – und das zeigt auch die Einstellung dieser NRW-Koalition –, dass wir jetzt wieder die Menschen in diesem Land in den Blick nehmen.

Es geht doch darum, dass wir für die Versorgungssicherheit der Menschen Umstände schaffen, die es möglich machen, dass auch die zunehmende Zahl an pflegebedürftigen Menschen in diesem Land in der Zukunft versorgt wird. Dafür sind dringend Investitionen im Pflegebereich notwendig. Das haben Sie vernachlässigt. Wir als NRW-Koalition werden das wieder möglich machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Bombis, Sie kommen zum Schluss? Ihre Redezeit ist schon abgelaufen.

**Ralph Bombis (FDP):** Ich komme zum Schluss, Herr Präsident! Ich entschuldige mich; wegen der Zwischenrufe hat es etwas länger gedauert.

(Zuruf von Dietmar Bell [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir befreien die Betriebe und die Menschen in Nordrhein-Westfalen von unnötigen Belastungen. Wir stärken die Innovationsfähigkeit und die Investitionsfähigkeit. Wir bringen NRW wieder nach vorne. Wir

liefern jetzt das erste Entfesselungspaket ab – weitere werden folgen.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD)

Ich werbe um Zustimmung. Wir bringen NRW wieder nach vorne. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bombis. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Kollege Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man die Debatte seit dem November letzten Jahres verfolgt, dann muss man feststellen: Es ist ein Treppenwitz, was Sie als Entfesselung eines Industrielandes wie Nordrhein-Westfalen verkaufen. Es ist ein Treppenwitz, wie Sie darstellen, dieses Land entlasten und fördern zu wollen – durch ein solches Gesetz, wie Sie es hier vorlegen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Dass Sie dieses Gesetz als Wirtschaftsförderung, als Stärkung des Einzelhandels und als Kampf gegen den Versandhandel – zum Beispiel bei der Frage der Ladenöffnungszeiten – verkaufen, ist wirklich unterirdisch und lässt daran zweifeln, dass Sie wissen, was in der Wirklichkeit los ist.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ideologie und fester Glaube helfen nicht, wenn man die Wirklichkeit betrachtet.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Man sollte sich vielmehr damit auseinandersetzen, was Fachleute einem sagen. Und damit sind wir schon beim ersten Fehler. Der runde Tisch, der kurz davor war, konsensuale Ergebnisse vorzulegen – auch mit den Kirchen, die sich bis heute darüber beschweren, wie das einfach verhindert worden ist –, hätte in diesem Land ein Stück weit Rechtssicherheit und Befriedung geschaffen. Aber das war nicht gewollt, weil die Ideologie der FDP dem im Wege stand.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie behaupten, Sie würden mehr Rechtssicherheit schaffen und für weniger Bürokratie sorgen. Mit Ihren sogenannten Sachgründen – die weit gefasst sind, damit jeder alles darunter verstehen kann – bewirken Sie aber genau das Gegenteil. Das haben Ihnen die Expertinnen und Experten in der Anhörung durch die Bank bescheinigt. Das interessiert Sie aber nicht.

Das interessiert Sie noch nicht mal, obwohl das OVG in Münster Anfang Dezember letzten Jahres – also in

Kenntnis Ihres Entwurfes – noch einmal ganz klar festgestellt hat, es sei die Pflicht des Landesgesetzgebers, den Sonntagsschutz sicherzustellen und zu erhalten.

Trotzdem gehen Sie so vor, wie Sie vorgehen. Dass Sie die Sachgründe so fassen, wie Sie sie fassen, aber die Feststellung den Kommunen überlassen, liegt daran, dass Sie um die nicht vorhandene Rechtssicherheit wissen. Mit den Klagen müssen sich hinterher die Kommunen auseinandersetzen. Es werden auch nicht weniger Klagen werden, und es werden nicht weniger Kosten werden, sondern es werden mehr Klagen und mehr Kosten sein. In ein, zwei Jahren werden wir uns darüber unterhalten. Das lässt sich ja am Ende des Tages sehr einfach feststellen.

Ich halte fest: Es interessiert Sie deswegen nicht, weil Sie – wie in vielen anderen Fällen in diesem Parlament in den letzten acht Monaten – den Kommunen am Ende den Schwarzen Peter zuschieben.

Wenn Sie dann nicht mehr weiterwissen – wir haben es eben wieder bei Herrn Bombis gehört –, argumentieren Sie mit dem Versandhandel. Als ob Sie Amazon, eBay und Co tatsächlich durch vier Sonntage, an denen Sie die Läden öffnen, in die Schranken weisen könnten! Das ist mitnichten möglich; überhaupt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wenn Sie – damit meine ich insbesondere Herrn Pinkwart – das ernsthaft wollten, könnten Sie sich einmal überlegen, ob Sie ein Einzelhandelsstärkungsgesetz vorlegen, ob Sie, der Sie so gerne von der Digitalisierung reden, tatsächlich einmal die regionalen Onlinemarktplätze massiv ausweiten.

Sie könnten sich überlegen, ob Sie sich mit dieser Landesregierung und insbesondere dem Verkehrsminister dafür einsetzen, dass die Logistiker, die mit zig Autos zur Auslieferung der Pakete in die Städte fahren und die Parkplätze und die Straßen zustellen, sich auf ein Lieferfahrzeug einigen müssen, und die Städte die Instrumente dafür in die Hand bekommen. Sie müssten sich zusammen mit der Bundesregierung bei der EU dafür einsetzen, dass der Onlinehandel besteuert wird und faire Bedingungen herrschen. – Von alledem höre ich aber nichts. Sie arbeiten sich hier an vier Sonntagen im Jahr ab und liegen damit völlig daneben.

Ähnlich sieht es bei Ihren Gesetzesvorhaben auch in der Frage des Tariftrue- und Vergabegesetzes aus. Für Sie sind faire Löhne, nachhaltige Produktion, Frauenförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Arbeitsverhältnisse in Schwellenländern offensichtlich nur Gedöns. Wir aber meinen, wie die Kirchen: Das sind wichtige Fragen. Die öffentli-

chen Vergaben in Nordrhein-Westfalen mit 50 Milliarden € im Jahr spielen eine wichtige Rolle, um diese Grundsätze durchzusetzen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Dafür haben Sie auch in der Vergangenheit nichts getan!)

Sie sind nicht egal. Sie sind kein Gedöns. Die Ideologie der FDP ist an dieser Stelle völlig fehl am Platz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass Sie noch nicht einmal davor zurückschrecken, mehr Bürokratie zu schaffen, zeigen alleine Ihre Änderungen im Justizgesetz. Wer die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens beim LANUV für Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung und Tierschutz schwächt, schwächt nicht nur den Rechtsschutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern sorgt auch für mehr Klagen vor den Verwaltungsgerichten. Sie verursachen höhere Kosten, weil es mehr Anwälte geben wird, die die Klagen begleiten. Sie sorgen außerdem dafür, dass die Gerichte am Ende des Tages wieder stärker belastet und sogar überlastet werden.

Mit anderen Worten: Sie schaffen Bürokratie. Sie nehmen Rechtsschutz weg. – Der Ideologie opfern Sie auch den Verbraucherschutz der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Becker. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Loose.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Angekündigt wurde im Sommer letzten Jahres von der Mitte-links-Koalition mit großem Tamtam nicht weniger als ein Neustart in der Wirtschaftspolitik. Wir waren alle sehr gespannt. Da war von Innovationskräften, die freigesetzt werden sollen, zu lesen. Da war von einer wirtschaftsfreundlichen Willkommenskultur zu lesen. Da war vom Leitbild des unkomplizierten Staates zu lesen.

Tja, und dann kam Ihr Entfesselungspaket. Ich sprach damals von einem kleinen Senfkorn Hoffnung. Ich hatte fast nichts erwartet und wurde trotzdem enttäuscht. Die Saat des Körnchens ist nicht aufgegangen; denn Sie haben es leider versäumt, dieses zu hegen und zu pflegen. Stattdessen kamen Sie mit vertrockneten Rezepten aus der Schublade.

(Beifall von der AfD – Zuruf von der CDU)

– Noch mehr vertrocknete Rezepte? Darauf freuen wir uns. – Jetzt ist das Bisschen aber nun einmal da. Verstehen Sie mich bitte richtig: Alles, was es dem Bürger, dem Unternehmer und dem Staat erleichtert,

seinen Betrieb abzuwickeln und seine Leistungen zu erbringen, ist uns willkommen.

Hygieneampel weg: Ja, das nehmen wir mit. Jedes rot-grüne Bürokratiemonster, das uns verlässt, ist ein Gewinn für uns alle.

(Beifall von der AfD)

Entfristung des IHK-Gesetzes: Ja, das nehmen wir auch mit. Wir kritisieren zwar den Zwang zur Kammermitgliedschaft; dennoch macht es Sinn, das Gesetz zu entfristen, wenn es ohnehin immer wieder ohne nennenswerte Änderungen, also praktisch im Blindflug, verlängert wird.

Ladenöffnungszeiten am Sonntag: Ja, das geht in die richtige Richtung. Aber die rechtliche Unsicherheit bleibt bestehen, und es wird wieder Klagen geben.

Auf das von den Städten gewünschte einstufige Verfahren wurde leider verzichtet. So ist es eben nicht der angekündigte große Wurf.

Entfesselung war angesagt. Entfesselung stellen wir uns jedoch deutlich kraftvoller, mutiger und entschlossener vor, als einfach nur einen kleinen rot-grünen Scherbenhaufen aus der Ecke zu fegen.

(Beifall von der AfD)

Handwerklich ist da auch so manches hin und her gestolpert. Die versprochene Vereinfachung bei den Gewerbeanmeldungen entpuppt sich als aufgebläse Luftnummer. Die Bestätigungen kommen weiterhin von den Gemeinden. Die IHKs sind im Grunde nur ein erweitertes Postamt, das Anträge entgegennimmt und an die Gemeinden weiterleitet.

Kommen wir zum Fazit: Sie haben sich wenigstens stets bemüht. Es ist auch etwas weniger schlimm als zuzeiten der rot-grünen Bürokratiefestspiele. Der Bürger und die AfD erwarten aber mehr von Ihnen. Wir wollen echte bürokratische Befreiungsschläge von Ihnen sehen, die diesen Namen auch wirklich verdienen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Loose. – Nun spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich außerordentlich, dass wir heute zur abschließenden Lesung des ersten Entfesselungspaketes kommen können. Ich halte es für ganz entscheidend, dass die neue Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Parlament hiermit auch deutlich machen, dass wir es ernst meinen mit unse-

rem Ziel, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem dynamischen, wachstumsorientierten und umweltfreundlichen Land weiterentwickeln zu können.

Das ist auch dringend notwendig. Vorhin war von Entrechtung der Arbeitnehmer die Rede. Herr Sundermann, Sie haben es so genannt, glaube ich. Ich frage Sie einmal, ob nicht eine überhöhte Arbeitslosigkeit durch verfehlte Wirtschaftspolitik eher eine Entrechtung von Arbeitnehmern ist und deren Interessen zuwiderläuft.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das frage ich hier mal allen Ernstes.

Nehmen Sie doch nur mal die Wachstumsentwicklung der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland und das Delta, das wir bei der Arbeitslosigkeit haben. Wir hatten Anfang dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen eine Arbeitslosigkeit von 7,2 %, bundesweit von 5,7 %. Das ist doch nicht nur eine statistische Zahl, sondern dahinter verbergen sich 160.000 Schicksale – mehr Arbeitslose als im Bundesvergleich. Hätten wir gar die Zahlen Baden-Württembergs oder Bayerns, stünden 360.000 Menschen mehr in Nordrhein-Westfalen in einer Beschäftigung.

Darum muss es uns doch gehen: Wie schaffen wir es, dass wir die viel zu hohe Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen abgebaut bekommen und unserer Wirtschaft wieder mehr Dynamik verleihen können? Das ist doch die zentrale Frage im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lieber Herr Becker, von Ihnen ist vorhin gesagt worden, wir sollten uns mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Es gibt eine Studie der alten Landesregierung, in Auftrag gegeben beim Institut für Mittelstandsforschung, vom November 2016. Die Studie trägt auch einen bemerkenswerten Titel: Untersuchung einer möglichen Investitionsschwäche in Nordrhein-Westfalen. Ich zitiere, Seite 66:

Die nach Umsatzgröße repräsentative Unternehmensbefragung, die dort durchgeführt worden ist, bestätigt für das verarbeitende Gewerbe und im Vergleich zu Baden-Württemberg und Bayern ein zurückhaltendes Investitionsverhalten der Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen. Schon geplante Investitionen werden branchen- und größenübergreifend signifikant häufiger unterlassen, investive Chancen also häufiger nicht umgesetzt. Getätigte Investitionen dienen in Nordrhein-Westfalen außerdem seltener dem Ausbau produktiver Kapazitäten. Der Investitionsschwerpunkt liegt seltener auf Erweiterung.

Zum Thema „Ursachen“ darf ich aus der Studie auf derselben Seite zitieren: Die Unternehmen, die befragt wurden, bewerten ihr wirtschaftliches Umwelt

signifikant häufiger als festgefahren, verkrustet, strukturschwach und weniger profiliert.

Lieber Herr Becker, das war die Wirklichkeit im Herbst 2016 unter der von Ihrer Partei mitgetragenen Landesregierung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es war ein Land, das in Fesseln lag, das die Unternehmen und auch die Arbeitnehmerseite frustriert hat,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So ein Unfug!)

weil Sie versucht haben, eine Regelung nach der anderen auf EU- und Bundesrecht draufzusatteln, und weil Sie für ein sehr kompliziertes Rechtssystem gesorgt haben – nicht nur bei Gesetzen und Verordnungen, sondern auch in der Durchführung. Nun arbeiten wir daran, dies zurückzunehmen.

Wir versuchen, in Nordrhein-Westfalen, wo wir nur können – hier sind viele Regelungen enthalten, mit denen wir das tun –, Schritt für Schritt kleinere, mittlere und größere Fesseln abzulegen. Dazu gehören natürlich solche Maßnahmen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz. Wir setzen eben Tariftreue durch. Wir setzen durch, dass die Kommunen verantwortlich die Vergabe organisieren, und zwar, indem wir das Regelwerk entfrachten,

(Berivan Aymaz [GRÜNE]: Stimmt doch gar nicht!)

damit sie es auch tun können. Die Kommunen waren doch völlig verzweifelt mit Ihrem Gesetz! Die Unternehmer waren so verzweifelt, dass sie sich um öffentliche Aufträge schon gar nicht mehr bemüht haben! Diese Regelung wird jetzt wieder vom Kopf auf die Füße gestellt.

(Beifall von der FDP)

Außerdem ist es wichtig – das ist ein hartes Ringen; das will ich hier sagen –, dass Nordrhein-Westfalen endlich eine elektronische Gewerbeanmeldung hinbekommt. Daran wird seit Jahren gearbeitet, auch zusammen mit den Kommunen und den Kammern. Ich sage das hier auch als fachzuständiger Minister: Wir schaffen jetzt die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die Kommunen die Digitalisierung vorantreiben können und dass die Kammern sie darin unterstützen.

Wenn das so eingeführt wird, wie wir das hier vorschlagen, dann werden die Jungunternehmer nicht mehr verpflichtet sein, 450 Fragen auf bis zu 20 verschiedenen Formularen beantworten zu müssen. Wir können insgesamt – wir haben das mal hochgerechnet – pro Jahr bei 65.000 Gründungen 520.000 Arbeitsstunden bei unseren Gründerinnen und Gründern einsparen.

Die müssen sie dann nicht mehr für Bürokratie aufwenden, sondern die können sie einsetzen, um sich

um ein vernünftiges Geschäftsmodell zu kümmern und um Kunden zu finden. Sie können diese Zeit nutzen, um Umsätze zu machen, sodass sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gleiche gilt beim sogenannten Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz, der sogenannten Hygieneampel. Hier war ja schon der Name Programm. Wir müssen hier entschlacken und mehr Verantwortung in die Betriebe verlagern. Auch hier können wir die Unternehmen und die Behörden um rund eine halbe Million Arbeitsstunden pro Jahr entlasten.

Aleine diese beiden Maßnahmen führen zu einer Entschlackung von mehr als einer Million Arbeitsstunden in diesem Land. Genau das ist die Entfesselung, die wir brauchen! Die Menschen wollen sich mit ihren eigentlichen Aufgaben beschäftigen. Wir wollen sicherstellen, dass wir Regelungen haben, die der Staat kontrollieren und durchsetzen kann. Das war bei Ihren Regelungen leider auch nicht der Fall. Deswegen schlugen sie fehl und führten zu Wettbewerbsverzerrungen.

Lassen Sie mich noch etwas zur Ladenöffnung anführen: Wir schaffen mit dem Ladenöffnungsgesetz verlässliche Rahmenbedingungen für Kunden, Händler und Kommunen. Dies war auch dringend erforderlich, um die durch eine Vielzahl an Gerichtsverfahren – mehr als 70 Untersagungen in den vergangenen zwei Jahren – entstandene Verunsicherung bei den Kommunen aufzulösen.

Da stellen Sie sich hierhin, Herr Becker, und sagen, wir würden jetzt etwas auf die Kommunen verlagern. Das haben Sie getan, aber mit einer Regelung, die diese Rechtsunsicherheit und diesen Aufwand für die Kommunen gebracht hat!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir ändern das jetzt. Wir haben Ihnen hier eine rechtssichere Lösung vorgetragen.

Ich will es noch einmal für die Landesregierung deutlich machen: „Maß und Mitte“ – das gilt auch für die Entfesselungspakete, und zwar unter sozialen wie ökologischen Gesichtspunkten sowie unter dem Aspekt der Pflege unserer kulturellen Eigenarten. Deswegen war es so wichtig, dass wir bei der Ladenöffnung einen sehr moderaten Weg vorgeben. Wir eröffnen den Kommunen die Möglichkeit, aber sie entscheiden, ob sie an bis zu acht Sonntagen im Jahr von 13 Uhr an fünf Stunden Öffnungen zulassen wollen oder nicht.

Wir haben das Ganze an ganz enge Bedingungen geknüpft: Die Feiertage haben wir in besonderer Weise geschützt. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, das für den Heiligabend endlich Klarheit schafft: Wenn der Heiligabend auf einen Sonntag fällt, lassen wir keine Öffnungen mehr zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit Blick auf die Arbeitnehmerorganisationen sage ich zudem: Wir haben auch den 1. Mai rausgelassen. Sie sehen: Wir machen hier keine ideologische Politik, sondern wir machen eine Politik für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, damit sie sich hier wohlfühlen und damit sie sich hier einbringen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich einen letzten Satz anfügen. Wir arbeiten an dem zweiten und an dem dritten Paket. Wir wollen mehr wirtschaftliche Dynamik in den Körperschaften ermöglichen, in den Agglomerationen wie im ländlichen Raum, und zwar für mehr Wohnraum und für mehr Gewerbeflächen. Zudem wollen wir die Genehmigungsverfahren verkürzen.

Eines ist mir noch ganz wichtig: Wenn es uns gelingt – und daran arbeiten wir –, Genehmigungsverfahren zu verkürzen, werden Unternehmer eher bereit sein, in Nordrhein-Westfalen in neue Anlagen zu investieren. Wer in neue Anlagen investiert, der investiert in aller Regel in die umweltfreundlichere Technologie und schafft wettbewerbsfähigere Arbeitsplätze. Wenn wir es also mit diesem und den nächsten Paketen schaffen, mehr Dynamik nach Nordrhein Westfalen zu bringen, dann helfen wir sowohl der Umwelt als auch den Beschäftigten. Das ist eine verantwortungsvolle Politik für eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Marktwirtschaft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Die Landesregierung hat damit die Redezeit ein bisschen überzogen. Ich habe genau 4 Minuten und 19 Sekunden registriert. Das gebe ich so weiter. Es stehen noch zwei angemeldete Redner auf der Liste. Zunächst einmal spricht für die CDU-Fraktion Herr Kehrl. Er hat jetzt das Wort.

**Oliver Kehrl (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein sehr kluger grüner Spitzenpolitiker sagte einmal: „Im Schutz der Sonntagsruhe gedeiht nicht das Christentum, sondern Amazon.“ – Heute reformieren wir als NRW-Koalition das Ladenöffnungsgesetz, das dem mittelständischen Handel zumindest ansatzweise die gleichen Chancen wie den Onlinemitbewerbern geben soll.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Glauben Sie das selbst?)

Sie dürfen demnach als Ausnahme von der verfassungsmäßigen Regel an einigen Sonntagen verkaufen.

Die Menschen in diesem Land haben heute ein anderes Freizeitverhalten: Sie fahren sonntags nach Holland, und sie kaufen an diesem Tag besonders gerne in Onlineshops ein.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber nicht alle! Teilweise müssen sie ja arbeiten!)

Wir wollen es den Geschäften erlauben, maximal 40 Stunden im Jahr sonntags zu öffnen – und das selbstverständlich immer erst nach dem Gottesdienst, nämlich von 13 bis 18 Uhr.

(Zuruf von der SPD: Ah!)

Erstens ist unser Gesetz richtig und wichtig für den inhabergeführten Handel, weil dieser Tag gebraucht wird, um sich neuen Kundenschichten zu präsentieren.

Zweitens ist er wichtig für seine Mitarbeiter und ihre Arbeitsplätze. Kein Tag ist bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäfte zum Arbeiten so beliebt wie der Sonntag. Es gibt das doppelte Geld, und in den Läden ist was los. Da finden Veranstaltungen statt, und da herrscht Betrieb.

Drittens ist das Gesetz richtig und wichtig für die Lebensfähigkeit von Städten und Stadtteilen.

Viertens – das kam hier bisher zu kurz – ist dieses Gesetz richtig und wichtig für das Ehrenamt und die unzähligen Interessengemeinschaften in NRW, die unglaublich viel Zeit und Arbeit in das Organisieren von Veranstaltungen und Festen investieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

All diese Beteiligten haben unter dem alten Gesetz gelitten, weil es viel zu eng formuliert war. Städte, Gemeinden, Handel, Mitarbeiter und Bürger brauchen ein verlässliches Gesetz und Richtlinien, mit denen sie leben und arbeiten können. Das schaffen wir mit diesem Gesetz. Sie alle haben unter Ihrer alten Regierung gelitten, die zusammen mit einer wild gewordenen Gewerkschaft den guten, alten Kompromiss der Sonntagsöffnungen torpediert hat.

Mit dem neuen Gesetz schaffen wir Abhilfe. Es ist im öffentlichen Interesse und damit im Interesse von uns allen, dass die innerstädtischen Strukturen am Leben bleiben. Die Sonntagsöffnungen sind da nur ein Instrument, aber ein sehr wichtiges; denn das Überleben vitaler Städte ist wichtig für unser soziales Zusammenleben, für die Daseinsvorsorge und damit die Gesellschaft als Ganzes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch eine Anmerkung, um so vielleicht einen Bogen zu spannen: In italienischen Städten, wo Don Camillo und Peppone noch etwas zu sagen haben, öffnen sonntags die Geschäfte, und die Welt bleibt in Ordnung. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kehrl. – Nun spricht für die grüne Fraktion noch einmal Herr Kollege Becker.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer interessant, neben dem, worauf die Redner eingehen, auch auf das zu hören, worauf sie nicht eingehen. Ich stelle zunächst fest, dass der Minister nicht auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster von Anfang Dezember letzten Jahres eingegangen ist. Das Gericht hat in Kenntnis Ihres Gesetzentwurfs ausdrücklich festgestellt, dass der Gesetzgeber zum Schutz des Sonntags verpflichtet ist.

(Henning Höne [FDP]: Möchten Sie, dass der Minister noch mal eine gute Rede hält?)

Liest man das Urteil des Gerichts aufmerksam, stellt man im Übrigen fest, dass es den Ermessensspielraum sehr eng ausgestaltet hat.

Sie haben eben nonchalant darauf hingewiesen, dass Sie den Kommunen Freiheit geben. Ich sage Ihnen: Das ist eine vergiftete Freiheit; denn so, wie Sie das angelegt haben, werden die Kommunen hinterher den „Spaß“ haben, weil sie wieder beklagt werden.

Und wenn Herr Kehrl von der CDU von einer „wild gewordenen Gewerkschaft“ redet, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben irgendwie nicht verstanden, was da gerade passiert. Diejenigen, die am runden Tisch gesessen haben – übrigens nicht nur Gewerkschafter, sondern auch beide Kirchen –, sind zutiefst entsetzt darüber, dass man die weit fortgeschrittenen Einigungsversuche einfach abgeräumt hat – abgeräumt, um dem Genüge zu tun, was die FDP wollte. Sie nennen das „Entfesselung“, es ist aber nichts anderes als Ideologie.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Kommunen werden am Ende des Tages unter den weiteren Klagen – übrigens auch seitens der Kirchenvertreter und der gesamten Initiativen – zu leiden haben. Rechtssicherheit sieht anders aus.

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie können immer wieder behaupten, dass Sie den Versandhandel durch vier weitere öffnungsfreie Sonntage tatsächlich in Schach halten können.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wenn Sie das ernst meinen, dann haben Sie den Schuss nicht gehört und wissen nicht, was „inhabergeführter Einzelhandel“ und was „großflächiger Einzelhandel“ bedeutet. Das sind völlig unterschiedliche Bereiche. Sie sollten sich endlich damit beschäftigen, wie man den inhabergeführten Einzelhandel wirklich stützen kann. Man stützt ihn, indem man massiv die regionalen Plattformen im Onlinehandel ausbaut,

und indem man das Kaputtfahren der Straßen seitens der Paketfirmen beim Nutzen des öffentlichen Raums massiv eindämmt.

(Ralph Bombis [FDP]: Dafür sind Sie abgewählt worden!)

Man nutzt sie, indem man endlich Steuerkonzepte entwickelt, die den Versandhandel ein Stück weit zurückdrängen und dem Einzelhandel, der seine Steuern bezahlt, eine faire Wettbewerbsmöglichkeit bietet.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Von all dem habe ich weder von Ihnen noch vom Minister etwas gehört. Deswegen ist das Hokuspokus, was Sie hier verkaufen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Becker. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Sundermann.

**Frank Sundermann (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu dem, worüber wir hier debattiert haben, noch zwei, drei Sätze sagen.

Das eine ist die Frage des Onlinehandels. Ich werde Ihnen das Zahlenspiel auch heute nicht ersparen können. Ein Jahr hat 8.760 Stunden. An 8.760 Stunden können Sie online einkaufen. Sie sagen nun: 20 zusätzliche Stunden retten den Einzelhandel. – Das ist zu kurz gegriffen, meine Damen und Herren. Das müssen Sie sich hier anhören!

(Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]: Sie sagen es immer so, wie es Ihnen passt! Ist das zu viel oder zu wenig? – Weitere Zurufe von der FDP)

Sie müssen den Einzelhandel – Herr Kollege Becker hat es auch gesagt – flankierend unterstützen. Legen Sie ein Einzelhandelskonzept auf. Nehmen Sie die Dinge, die wir in unserer Regierungszeit aufgelegt haben, um den stationären Einzelhandel mit dem Onlinehandel zu verknüpfen, auf. Dann sehen Sie uns an Ihrer Seite, aber nicht, wenn Sie solche Gesetze vorlegen. Mit 20 Stunden mehr soll der Onlinehandel eingedämmt werden. Das ist wirklich Blödsinn.

(Ralph Bombis [FDP]: Sollen wir mehr machen?)

– Sie wollen ja mehr, Herr Bombis, 24 Stunden an sieben Tagen. Daran, dass Sie jetzt so reingehen, Herr Bombis, merke ich, dass Sie genau das wollen. Da kann ich die Kollegen von der CDU-Fraktion nur

beglückwünschen. So können Sie erahnen, was in den nächsten Jahren vielleicht auf Sie zukommt.

Lassen Sie mich noch eine Sache sagen, die mich wirklich ein Stück weit betroffen gemacht hat. Hier wurde über Arbeitnehmervertreter in diesem Land gesprochen, und diese wurden als „wild geworden“ bezeichnet. Das ist eine Unverschämtheit. Das weise ich als Sozialdemokrat entschieden zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend: Man merkt auch an den Beiträgen heute wieder, dass Sie sich dafür abfeiern lassen, dass Heiligabend nicht gearbeitet werden kann, weil die Läden nicht offen sind. Meine Damen und Herren, Herr Laumann, ich habe es Ihnen eben schon gesagt: Heute zählen nicht die Sonntagsreden, die Sie beim KAB behalten, heute zählt hier Ihre Entscheidung. Schützen Sie den Sonntag, oder machen Sie ihn vogelfrei? Das ist die Entscheidung, die Sie persönlich hier treffen müssen. Ich hoffe, Sie treffen die richtige. – Vielen Dank dafür.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: So ein Blödsinn!)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sundermann. – Für die AfD hat sich der Abgeordnete Loose gemeldet.

**Christian Loose (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss mich sehr über das wundern, Herr Sundermann, was Sie hier sagen. Sie wollen die Ladenöffnung behindern und dass im Grunde wieder Ruhe und Frieden herrschen. – Ja, das haben Sie unter Ihrer rot-grünen Regierung geschafft. Sie haben die Ladenöffnung behindert. Die Geschäfte, die öffnen wollen, werden beklagt. Kurz vorher, am Freitag, sagt dann der Richter: Die Ladenöffnung ist gestrichen.

Die Arbeitnehmer haben sich im Frühjahr darauf gefreut, einen Zuschlag zu bekommen; denn fünf Stunden Sonntagsarbeit werden wie ein ganzer Tag bezahlt, und sie bekommen zusätzlich noch Zuschläge. Im Frühjahr werden die Listen ausgelegt. Die Arbeitnehmer streiten sich darum, wer am Sonntag arbeiten darf.

(Unruhe von der SPD)

Dies können sie mit ihrer Familie abstimmen und dann klarmachen. Meine Schwester zum Beispiel ist Krankenschwester. Sie arbeitet sehr gerne am Wochenende; der Mann kann dann auf die Kinder aufpassen. Sie müssen den Menschen doch die Möglichkeit geben. Aber Sie nehmen ihnen die Freiheit, überhaupt arbeiten zu können.

(Unruhe – Glocke)

Das ist keine Politik für Arbeitnehmer, das ist eine Politik, die den Gewerkschaften hilft. Die Gewerkschaften vertreten aber nicht alle Arbeitnehmer, sondern nur einen sehr kleinen Teil. Das ist die Wahrheit in Deutschland. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

**Präsident André Kuper:** Für die Landesregierung hat noch einmal Herr Minister Professor Pinkwart um das Wort gebeten.

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte es aufgrund der Einlassungen von Herrn Becker für notwendig, einiges noch einmal deutlich zu machen. Wir haben im Ausschuss hinreichend darüber diskutieren können.

Bemerkenswert ist, dass Ihre Fraktion und auch die SPD-Fraktion uns zwischenzeitlich zu einem einstufigen Verfahren verleiten wollten und meinten, es wäre viel besser, wenn wir hier alles alleine regelten und die Kommunen nicht einbeziehen würden, wissend darum, dass das verfassungsrechtlich nicht geht. Deswegen haben wir uns nach langem Abwägen zu dieser Regelung entschieden, weil wir für Nordrhein-Westfalen bewusst eine verfassungsfeste Regel haben wollen, die auch hier das Ausnahme-Regel-Verhältnis quantitativ und qualitativ, wie vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben, berücksichtigt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist vom Bundesverfassungsgericht mit Blick auf die Berliner Regelung, an der wir uns hier orientiert haben, ja schon entschieden worden. Also, wir haben hier bewusst eine Regelung gewählt, die Verfassungsfestigkeit zeigt.

Ein zweiter Punkt, Herr Becker: Sie bringen hier immer wieder einen runden Tisch zu Ihrer Regierungszeit in die Debatte ein, auch schon im Ausschuss. Ich habe meine Fachbeamtinnen und Fachbeamten gefragt, die zu Ihrer Regierungszeit für die Begleitung des runden Tisches zuständig waren. Sie haben mir auch gerade eben noch einmal versichert, dass aus diesen Beratungen – leider, mag man hinzufügen – nichts herausgekommen sei.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dann können Sie dem Parlament doch nicht vortragen, dass dort konkrete Ergebnisse zustande gekommen seien. Das ist eben nicht der Fall. Und dass

nichts dabei herausgekommen ist, zeigt ja auch der Tatbestand,

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie haben den doch abgeschafft!)

Herr Becker, dass Ihre Regelung – die haben Sie geschaffen, das war Ihr Gesetz – auch nach Ihrer Regierungszeit immer wieder beklagt worden ist. Das heißt, Sie haben es nicht geschafft, Rechtsfrieden herzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Herr Minister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Kollegin Müller-Witt?

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, gerne.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die Witt nehmen wir noch mit!)

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Herr Minister, es gab ja eine Anhörung zu diesem Thema. Darin haben die Kirchen die Ansicht vertreten, dass der runde Tisch fast einen Durchbruch erreicht hat.

(Zurufe von der FDP: Fast!)

Behaupten Sie, dass die Kirchen eine falsche Aussage getätigt haben?

**Prof. Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrte Frau Abgeordnete! Ich habe hier nicht über den Wahrheitsgehalt von Aussagen in Anhörungen derer zu befinden, zu denen ich in keinem unmittelbaren Beziehungsfeld stehe.

Ich habe von den Beamtinnen und Beamten meines Hauses gesprochen. Diese haben den runden Tisch für mein Ministerium in der alten Regierungszeit unter der Verantwortung meines Amtsvorgängers begleitet.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Ich habe noch heute nachgefragt, und ich habe in den letzten Monaten nachgefragt, ob es irgendein Ergebnis gegeben hat, an dem wir uns hätten orientieren sollen. Das ist verneint worden. Mehr kann ich Ihnen hier nicht vortragen,

(Horst Becker [GRÜNE]: Weil Sie ihn abgeschafft haben!)

aber das kann und möchte ich Ihnen auch nicht vor-enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Schluss der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung empfiehlt in Drucksache 17/2170, den Gesetzentwurf Drucksache 17/1046 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Empfehlung Drucksache 17/2170 und nicht über den Gesetzentwurf.

Erstens stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/2212 ab. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu diesem Änderungsantrag Einzelabstimmung beantragt, soweit er sich auf die Änderung des Art. 1, Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, bezieht. Alle anderen Teile des Änderungsantrags sollen gemeinsam abgestimmt werden.

Da die antragstellende Fraktion Einzelabstimmung beantragt hat, muss diese gemäß § 42 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung auch stattfinden. Wir kommen zur **Einzelabstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 17/2212, a) Art. 1, Änderung des Ladenöffnungsgesetzes.**

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben gemäß § 44 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung eine **namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag Drucksache 17/2212** beantragt, soweit er Art. 1 betrifft. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen der Geschäftsordnung erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte den Abgeordneten Schrumpf, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, haben jetzt alle Abgeordneten, die das wollten, ihre Stimme abgegeben? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Ihre Stimme abgegeben haben 191 Abgeordnete. Mit Ja stimmten 81 Abgeordnete, mit Nein stimmten 110 Abgeordnete. Kein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/2212**, soweit er **Art. 1**, also die **Änderung des Ladenöffnungsgesetzes**, betrifft, **abgelehnt**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich komme dann zur Abstimmung über alle übrigen Teile des Änderungsantrags. Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit sind auch alle **übrigen Teile des Änderungsantrags Drucksache 17/2212 abgelehnt** worden.

Ich lasse zweitens über die Beschlussempfehlung in der Drucksache 17/2170 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, AfD sowie zwei fraktionslose Abgeordnete. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Wer enthält sich? – Der fraktionslose Abgeordnete Pretzell. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 17/2170 angenommen** und der **Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses in der zweiten Lesung verabschiedet**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich lasse drittens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/1249. Wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und AfD sowie die drei fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/1249 abgelehnt**.

Ich lasse viertens abstimmen über den Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1990. Wer diesem Entschließungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das sind die SPD-Fraktion und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Damit ist dieser **Entschließungsantrag Drucksache 17/1990 angenommen**.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Damit haben wir Tagesordnungspunkt 3 beendet.

Ich rufe auf:

#### **4 Ganzttag für die Zukunft fit machen – OGS-Gipfel einberufen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/2164

Ich eröffne die Aussprache. Für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Voigt-Küppers das Wort. Bitte schön.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche wurde in Berlin der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung unterzeichnet. Eine Zusage ist, dass Eltern ab 2025 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz haben. Das ist ein ausgesprochen wichtiger Schritt, denn für die ersten sechs Lebensjahre haben Eltern bereits eine Platzgarantie in der Kita. Mit der Einschulung droht derzeit eine Lücke in der Betreuung.

Ein Platz in der Kita oder in der Ganztagschule hilft Familien sehr, denn es ist verständlich, dass beide Elternteile arbeiten möchten. Häufig gibt es aber auch den Fall, dass Familien schlichtweg darauf angewiesen sind, zwei Einkommen zu haben, weil sie ihre Lebenskosten sonst nicht decken können. Zudem spielt der Ganzttag für Alleinerziehende eine große Rolle, um von Transferleistungen unabhängig zu sein. Es ist wichtig für die Würde des Einzelnen, sein Geld selbst verdienen zu können, während das Kind in der Kita oder in der Schule ist.

Neben dem Betreuungsaspekt gibt es ein zweites wesentliches Argument für die Ganztagschule. Wir wissen aus vielen Studien, dass die Abhängigkeit zwischen guter Bildung und sozialer Herkunft nirgendwo so stark ist wie in Deutschland. Zuletzt hat die Resilienzstudie noch einmal deutlich gemacht, dass dieser Zusammenhang durch den Ganzttag aufgebrochen werden kann. Deshalb sind wir uns hoffentlich alle einig, dass der qualitative und der quantitative Ausbau des Ganztags weitergehen muss.

Meine Damen und Herren, liebe Frau Ministerin, trotz der Initiative des Bundes, für die sich die SPD in den Koalitionsverhandlungen eingesetzt hat, ist klar: Es wird eine enorme Anstrengung für alle Beteiligten, den Rechtsanspruch ab 2025 zu ermöglichen. Wir haben dafür zwar noch sieben Jahre Zeit, aber ich warne davor, die Herausforderung zu unterschätzen.

Es gibt viele Fragen, die zu klären sind. Ganz verschiedene Aspekte und Akteure sind betroffen.

Die staatlichen Ebenen müssen vereinbaren, wie die Finanzierung aussieht. Ich nenne hier nur das Stichwort Konnexität. Mit Kommunen, Trägern und Gewerkschaften ist zu klären, auf welches Personal zurückgegriffen wird, wer für die Beschäftigten zuständig ist und welche Aufgaben sie zukünftig haben. Insgesamt ist es sehr zu begrüßen, wenn sich auch die Situation der Beschäftigten bessert.

Wir müssen außerdem darüber reden, wie der Ganzttag inhaltlich weiterentwickelt werden soll. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, das jetzige System um einige Plätze auszubauen. Nein, es gibt große Chancen beim Ganzttag, die wir bei einer Reform unbedingt aufgreifen müssen. Bildung ist nicht nur Vermittlung von Fachwissen, sondern es gibt verschiedene Formen des ganzheitlichen Lernens, zu denen